

Regierung verteidigt ihre Europa-Politik

Außenminister reagiert schlagfertig — Bekenntnis zu „Groß-Europa“

Bl. Bonn. — Am Vorabend einer dreitägigen Konferenz der Außenminister der EWG und Großbritannien über den Beitritt Englands zur EWG und wenige Tage vor dem Staatsbesuch Adenauers in Frankreich benutzte die Bundesregierung eine Reihe sozialdemokratischer Anfragen im Parlament, um ihre Auffassungen zu den europäischen Problemen darzulegen. Dabei bekannte sich die Bundesregierung zu „Groß-Europa“. Im Kreuzfeuer zahlreicher Fragen der Abgeordneten erwies sich Bundesaußenminister Schröder als ein schlagfertiger Verteidiger der Regierungspolitik.

Schröder wich auch schwierigen Fragen nicht aus. Als ihn der stellvertretende SPD-Vorsitzende Wehner nach den in der letzten Zeit diskutierten Dreibundplänen fragte, erwiderte er, die Bundesregierung habe nie an eine einseitige Zusammenarbeit von drei Mitgliedern der EWG gedacht. Wehner fragte weiter: „Wie wollen Sie dann die verschiedenen Äußerungen verschiedener Regierungsmitglieder unter einen Hut bringen?“ Schröder, der zuvor erklärt hatte, die Bundesregierung wünsche den möglichst schnellen Beitritt möglichst aller interessierten europäischen Staaten, antwortete: „Ich hoffe, Sie geben zu, daß ich damit eine gewisse Harmonisierung vorgenommen habe.“

Im einzelnen läßt sich der Standpunkt der Regierung wie folgt zusammenfassen:

● Die deutsche Delegation wird bei den Beratungen in Brüssel alles tun, um Großbritannien den baldigen Beitritt

zur EWG zu ermöglichen. Die Bundesregierung hält ihn für die vordringlichste Aufgabe der Europapolitik.

● Die kommenden Verhandlungen über die Assoziation der neutralen Staaten Schweden, der Schweiz und Österreich müssen die den Interessen dieser Staaten entsprechende jeweils beste Form der Zusammenarbeit verwirklichen.

● Der Kreis der Mitgliedstaaten der EWG und der geplanten politischen Union soll sich nach Möglichkeit decken, jedoch hält die Regierung in Bonn dies nicht für zwingend erforderlich.

● Eine Institutionalisierung der politischen Zusammenarbeit wird als ein notwendiger Schritt zur Verwirklichung der europäischen Integration bewertet. Die politische Union darf die bestehenden Gemeinschaften und die Zusammenarbeit in der NATO nicht beeinträchtigen.

● Die Bundesregierung will die Verwirklichung allgemeiner, unmittelbarer Wahlen zum Europäischen Parlament und die Zusammenlegung der drei bestehenden Gemeinschaften unterstützen, sie tritt für einen gleichmäßigen Ausbau der europäischen Exekutive und der parlamentarischen Kontrolle ein.

Berlin-Konferenz in Genf

Rusk, Home, Gromyko treffen sich — Gespräch auf zwei Ebenen

London (dpa/ap). Mitte Juli wird der amerikanische Außenminister Rusk in Genf voraussichtlich zu neuen Berlin-Gesprächen mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko zum Zusammentreffen.

Von unterrichteter Seite in London wurde mitgeteilt, daß Gromyko seine Bereitschaft erklärt habe, zur Unterzeichnung der geplanten Friedensregelung und Neutralisierung des südostasiatischen Staates Laos nach Genf zu kommen. Auch Rusk und der britische Außenminister Lord Home haben inzwischen ihr Erscheinen in Aussicht gestellt.

Rusk, Home und Gromyko werden in Genf voraussichtlich auch über die Fortsetzung der Abrüstungsverhandlungen sprechen. Die beiden Westmächte wollen der Sowjetunion einen „konkreten, physischen und

sichtbaren Schritt“ zur Beendigung des Wettrüstens vorschlagen.

Außenminister Rusk hat nach seinen Gesprächen in London, Paris, Bonn und Rom klargestellt, daß die USA die Sondierungsgespräche mit den Sowjets fortsetzen werden. Die Verbündeten haben sich damit einverstanden erklärt; das geringste Maß an Zustimmung buchte Rusk in Paris.

Die amerikanische Regierung visiert nach Angaben von Regierungsbeamten in Washington Gespräche auf zwei Ebenen an:

● Die diplomatischen Sondierungsgespräche, um eine Basis für Verhandlungen über die Zukunft Berlins zu finden;

● die Konferenz der alliierten Stadtkommandanten in Berlin, wie sie die Westmächte in ihren am Montag in Moskau überreichten Notenvorschlägen.

100 Mill. für Förderung der Wissenschaft

Jahrestagung der Deutschen Forschungsgemeinschaft in Hannover

Hannover. — Vom 23. bis 30. Juni hält die Deutsche Forschungsgemeinschaft, Bad Godesberg, in Hannover ihre Jahresversammlung ab. Insgesamt etwa 130 bis 150 Wissenschaftler werden an der Tagung teilnehmen. Mit einem Einsatz von rund 100 Millionen DM im Jahr 1962 ist die Forschungsgemeinschaft die größte Organisation in der Bundesrepublik, die sich ausschließlich mit der Förderung von Forschungsvorhaben beschäftigt. 1961 gab die Forschungsgemeinschaft für diesen Zweck 86,3 Millionen DM für fast 4000 Forschungsvorhaben und Veröffentlichungen aus allen Zweigen der Wissenschaft aus. Auf der Tagung wird noch über rund 300 Einzelanträge entschieden, vor allem aber wird das Schwerpunktprogramm für die kommenden Jahre vorbereitet. Daran sind sämtliche Rektoren der westdeutschen und Berliner Universitäten und wissenschaftlichen Hochschulen sowie die Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft und der vier Akademien der Wissenschaften beteiligt. Auf der Tagesordnung steht ferner ein Bericht über den Austausch von Wissenschaftlern mit der Sowjetunion.

Die Forschungsgemeinschaft ist eine Selbstverwaltungskörperschaft der Wissenschaft, die aus den ihr zuffließenden Geldern — etwa drei Fünftel kommen vom Bund, je ein Fünftel von den Ländern und der Wirtschaft — nicht nur Forschungsvorhaben finanziert, sondern auch die Behörden in wissenschaftlichen Fragen berät, Beziehungen zur ausländischen Wissenschaft pflegt und den wissenschaftlichen Nachwuchs fördert. 1961 wurden insgesamt 1666 wissenschaftliche Mitarbeiter und 481 Stipendiaten und Forschungsfreiher bezahlt.

Den größten Raum nimmt finanziell das Schwerpunktprogramm ein, wobei Wissenschaftler der verschiedensten Disziplinen zusammenwirken. Eines der wichtigsten Vorhaben ist die Ausstattung der deutschen Universitäten und Forschungsstätten mit elektronischen

Rechananlagen. Von den 40 Anlagen dieser Art, die zur Zeit an diesen Stätten aufgestellt sind, hat die Forschungsgemeinschaft etwa 75 Prozent bezahlt.

Für 1963 werden die ersten Ergebnisse aus dem Schwerpunktprogramm „Soziale Umverteilung“ erwartet. In diesem Schwerpunkt sollen die wissenschaftlichen Grundlagen für eine Reform der Sozialpolitik erarbeitet werden, wobei darauf hingewiesen wird, daß die 1966

gegründete „Kommission für vorzügliche sozialpolitische Fragen“ nicht der Lösung politischer Fragen dienen könne. Vielmehr erfordere das angestrebte Ziel, „die vielfach unbekanntem Gesamtwirkungen andauernder sozialpolitischer Interventionen klarzustellen“, eine langfristige Planung.

Wer sowjetische naturwissenschaftliche und technische Literatur benötigt und nicht selbst Russisch versteht, kann sich an die auf Initiative der Forschungsgemeinschaft gegründete „Technische Informationsbibliothek“ in Hannover wenden, die zur Zeit im Aufbau begriffen ist.

Die Angst geht um in Jugoslawien

KP-Kommissionen kontrollieren das Vermögen der Bürger
Jugend hält nichts vom Parteibuch

Belgrad. — Die Angst geht um in Belgrad und anderen Städten Jugoslawiens. Ausgeschwärmt sind die auf Parteibefehl geschaffenen Kontrollkommissionen für Vermögensnachweise. Geprüft wird, woher die Geldmittel stammen, mit denen Autos, Fernsehtruhen, Pelzmäntel gekauft, Eigentumswohnungen, kostspielige Auslandsurlaubsreisen und Villen finanziert werden konnten. Ein gewaltiger Apparat ist durch die kommunistische Partei in Bewegung gesetzt worden, um den Wohlstand zu durchleuchten, der das Leben einer schmalen Schicht verschönt, während die breite Masse sich mit einem sozialistisch genormten Durchschnittseinkommen von 20 000 Dinar (etwa 100 DM) pro Kopf begnügen muß.

Dem Bergarbeiter der istrischen Kohlenminen von Rascha zum Beispiel war es aber längst schon leid, daß er für seine schwere Arbeit nur 27 000 Dinar Grundlohn bekommt, während in der benachbarten Kreisstadt Rovinj die Angestellten einer Kommunalbank sich Durchschnittsgehälter von 95 000 Dinar ausgeklügelt hatten.

Es wird aber nicht nur der Wohlstand aus möglicherweise unlauteren Quellen kontrolliert. Einher geht damit eine Welle handfester Sozialisierungsmaßnahmen. Private Handwerks- und Gewerbebetriebe stehen auf

der Abschußliste der Parteikontrolle, und demnächst werden auch die Rechtsanwälte sich dem Joch der Kollektivierung beugen müssen.

Kein Wunder, wenn die Gaststätten größerer Orte heute mangels Besucher um ihren Umsatz bangen, Adriareisen abgemeldet werden, und wenn einige hundert aus dem Ausland bezogene Kraftwagen in den Zollstationen herrenlos herumstehen, weil sie von ihren Käufern nicht abgenommen werden. Niemand will in diesen Tagen bei einer scharfen Kontrolle durch hohe Ausgaben unangenehm auffallen.

Jugoslawische Parteizeitungen haben jetzt zwei großen Belgrader sozialistischen Baugesellschaften vorgerechnet, daß von ihren 143 Ingenieuren nur vier Mitglieder der KPJ sind, was mit anderen Worten heißt, daß die junge technische Generation der Partei längst den Rücken gekehrt hat, hingegen für gute technische Leistungen Wohlstandsfordernungen stellt.

Die Techniker und Ingenieure, die heute zum Beispiel Neubelgrads Bauten aus dem Sandboden stampfen, darunter das 34-Etagen-Gebäude des Zentralkomitees der KPJ, wollen genau das, was auch ihren Arbeitskollegen im Ausland für gute Leistung selbstverständlich ist: ein Eigenheim, einen

(Fortsetzung auf Seite 3)

Kein Spielraum für neue Attacke

Senatserklärung vor Abgeordnetenhaus — Aktionen gegen „unerwünschte Personen“

Berlin (Eigenbericht). Vor dem Abgeordnetenhaus hat der Regierende Bürgermeister Brandt die Sowjetunion in einer Senatserklärung aufgefordert, sich im Interesse des Friedens durch das Pankower Regime nicht in eine Lage bringen zu lassen, die unabsehbare Folgen haben könne. Für weitere Vorstöße in und um Berlin sei kein Spielraum. Der Senat beabsichtige gewiß nicht, innerhalb Berlins einen Kleinkrieg zu führen. „Wir würden aber gegen Gewissen und Gesetz verstoßen“, fuhr Brandt fort, „wenn wir aufhörten, uns gegen Mißhandlungen und Mord leidenschaftlich aufzulehnen.“ Der westliche Vorschlag von Viermächteberatungen zur Entschärfung der Lage in der Stadt werde vom Senat begrüßt.

Die Westmächte haben jetzt nach Mitteilung von Brandt die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen, um „unerwünschte Personen“ aus Ost-Berlin wieder zurückschicken zu können. Wie Innensenator Albrecht nach der Senatserklärung ergänzend mitteilte, sind etwa 80 bis 90 derartige „unerwünschter Personen“ auf einer Liste zusammengestellt, die der alliierten Kommandantur zur Genehmigung vorliegt. Auch der Name des SED-Anwalts Dr. Kaul steht auf dieser Liste. Eine Zurückweisung dieser Personen wird aber zunächst nur an den Straßenübergängen und unter Umständen in der U-Bahn möglich sein.

S-Bahn-Frage ungeklärt

Brandt forderte die Westmächte erneut auf, die Frage des Eisenbahngeländes und die der S-Bahn in West-Berlin so zu regeln, wie es der durch die Mauer entstandenen Lage entspreche. Es komme auch darauf an, daß die Westberliner

Polizei in ganz West-Berlin für Ordnung und Gesetzlichkeit sorgen könne.

Scharf wandte sich der Regierende Bürgermeister gegen die verstärkte Tätigkeit von Beamten der Sowjetischen Botschaft Unter den Linden in West-Berlin. Dieses sowjetische Botschaftspersonal sei nicht befügt, sich in Westberliner Verhältnisse einzumischen. Man könne nicht den Viermächtestatus West-Berlins mit Füßen treten, den Ostsektor anektieren lassen und danach so tun, als gäbe es eine neue Art von Viermächtestatus lediglich für West-Berlin.

Appell Brandts an Moskau

Berlin. Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Brandt, richtete einen Appell an die Sowjetunion, „in eigenem Interesse“ das Angebot der Westmächte auf eine Konferenz über

die Vorgänge an der Mauer nicht abzulehnen. Er vertrat die Auffassung, der Krenl könne nicht eine Lage heraufbeschwören wollen, die seiner „Kontrolle entgleitet und zu schwerwiegenden Folgen“ führen könnte. — Zu der Ulbricht-Erklärung sagte Brandt, der SED-Chef sei gar nicht der Adressat der drei westlichen Noten gewesen. Es sei zu hoffen, daß Moskau „besonnener“ reagiere.

Zu den Äußerungen Ulbrichts, bei der Mauer handle es sich um eine normale Grenze, sagte Brandt, er kenne kein Land in der freien Welt, das an seinen Grenzen Mauern errichte, und er kenne auch kein Land, das seine eigenen Bürger ermorde, wenn sie versuchten, von einem Landesteil in den anderen hinüberzuwechseln.

Neuer US-Raumpilot

Washington (dpa). Die USA haben Fregattenkapitän Walter M. Schirra als Piloten für das nächste Weltraumunternehmen angegeben. Schirra soll noch im Spätsommer dieses Jahres vermutlich sechsmal die Erde umkreisen. Der langjährige Testpilot ist 39 Jahre alt. Er stand bereits bei der dreimaligen Erdumkreisung von Korvettenkapitän Carpenter als Reservepilot in Bereitschaft.

SED-Profit aus Zwangsarbeit

Millionengewinne durch Arbeit von 17 000 Häftlingen

Berlin (ap). Millionengewinne erzielt das Sowjetonenregime jährlich durch die Zwangsarbeit von über 17 000 Häftlingen. Nach einem Bericht des Informationsbüros West sind rund 7000 Häftlinge, die direkt in Industriebetrieben, Baubetrieben, Steinbrüchen und im Bergbau eingesetzt sind, in mindestens 22 Haftarbeitslagern untergebracht. Etwa 10 000 Gefangene arbeiten in Produktionsstätten, die in den Zuchthäusern und Gefängnissen selbst eingerichtet worden sind.

Von dem monatlichen Durchschnittsverdienst der arbeiten-

den Häftlinge, der zwischen 360 und 460 Mark liegt, stehen ihnen für Verbesserung der unzureichenden Gefängnislohn monatlich 25 bis 30 Mark zur Verfügung. Fünf bis sieben Mark werden als „Rücklage“ für Neuanschaffungen von Kleidungsstücken nach der Entlassung und 40 bis 60 Mark für Familienunterstützung verbucht. Der Rest des Verdienstes wird vom Staat beansprucht.

Die Angst geht um in Jugoslawien

(Fortsetzung von Seite 2)

Kraftwagen, eine Fernsehtruhe, eine Waschmaschine. Die alte Garde der kommunistischen Partei, aufgewachsen und emporgekommen in turbulenten Notzeiten mit der Parole: „Der Gürtel muß enger geschnallt werden“, wird Schwierigkeiten haben. Die junge Generation, wiewohl sie auch zwangsläufig durch die sozialistische Schulung gegangen ist, denkt anders und wirft ihre Leistung in die Waagschale.

Walter E. Brell

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2

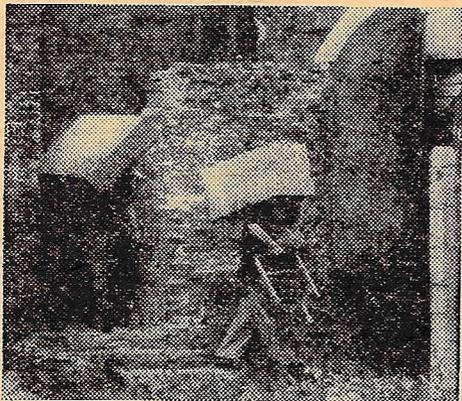
BILDER AUS BERLIN

Ost



Beziehungsreicher Farbwechsel: früher braun — heute rot. Über dem ehemaligen Führerbunker auf dem Gelände der Reichskanzlei in Ost-Berlin haben jetzt die sowjetzonalen Grenzwächter einen neuen Bunker gebaut.

Fluchthaus geräumt. — Unter Vopo-Bewachung wurde das Grenzhaus Zimmerstr. 62 im Sowjetsektor zwangsweise geräumt. In den Keller des Hauses hatte der Tunnel gemündet, durch den am 18. Juni Flüchtlinge nach West-Berlin entkommen waren.



Sandsäcke zum Schutz gegen Vopobeschuß hat die Westberliner Polizei vor Wachtürmen und Wachpostenhäuschen aufgestapelt. Die Kinder im Bezirk Kreuzberg haben sich bereits an den Anblick gewöhnt und nehmen es als gegeben hin, daß ihr Schulweg an aufgestellten Sandsäcken vorüberführt.

West



Der Kurfürstendamm erstrahlt im Glanz der „Berlinale“.

